

Gerhard Neudorf  
Asbach-Sickenberg,  
Dorfstr. 2 B, Tel. 036087 – 97064  
E-Mail: [gerhard@Idee-und-Bewegung.de](mailto:gerhard@Idee-und-Bewegung.de)

den 17.11.2010

Liebe Bundesführerinnen und Bundesführer des RjB!

Als einer der Mitbegründer des RjB mit Dr. Karl Vogt in den 60er Jahren teile ich Euch meine entschiedene Ablehnung der undemokratischen Politisierung der Arbeit des RjB in den Jahren 2009 und 2010 mit.

Als Höhepunkt wurde von Verantwortlichen des RjB vor einer guten Woche gegen den Wunsch der Vereinigung Jugendburg Ludwigstein (VJL) der Freibund von der Nutzung der Bildungsstätte ausgegrenzt.

Dies geschah, obwohl der Freibund sich zu den Prinzipien der Offenen Jugendburg Ludwigstein nicht nur bekannt, sondern auch dementsprechend gehandelt hat. Bekannt sind sein konstruktives Mitwirken beim Beräuner Singetreffen und beim Bauen am Enno-Narten-Bau, bei Archiv-Tagungen auf Burg Ludwigstein und bei Veranstaltungen der Vereinigung Jugendburg Ludwigstein.

Die jungen Sänger/innen und Bauenden von Bünden und Gruppen verschiedenster Weltanschauungen auf der Burg haben sich bei ihren vielen Treffen sehr gut vertragen, und politische Agitation wurde nicht bekannt.

M. E. ist die Ausgrenzung des Freibundes eine Bevormundung, mit dem Zweck, den Freibund nicht kennenlernen zu sollen. Solche Bevormundung steht im Widerspruch zur Meißnerformel, die die „eigene Bestimmung“ und die „eigene Verantwortung“ der Jugend fordert.

Prof. Dr. Roland Eckert, Trier (Professor der Soziologie und ehemals Bund Deutscher Jungenschaften), legte einen Brief an bündische Redaktionen vor, der den Extremismus-Vorwurf gegen den Freibund entkräftet. (s. Anlage!)

Die Bünde haben sich beim Meißnerfest 1963 klar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zur Demokratie bekannt. In Artikel 3 GG heißt es wörtlich: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Dieses Bekenntnis, das auch im Papier „Offene Burg“ gefordert wird, hat der Freibund im März 2009 noch einmal öffentlich abgelegt.

Die Verantwortlichen für den Ausschluss des Freibundes müssen sich fragen lassen, was ihnen die Grundrechte bedeuten, wenn sie Jugendliche ausgrenzen, weil diese vermutlich abweichende politische Anschauungen haben, obwohl diese Anschauungen nicht im Widerspruch zu unserem Grundgesetz stehen.

Wir haben in der jüngsten Geschichte oft erleben müssen, wohin Ausgrenzung führt. Unser Grundgesetz baut unmittelbar auf diesen Erfahrungen auf. Vieles, was wir an Entsetzlichem in Unrechtsgesellschaften erfahren mussten – Spitzeleien, Mitläufertum, Herabwürdigungen, Angst, mit anderen Menschen gesehen zu werden, bis hin zur Ausgrenzung anderer Menschen – findet sich nun in unseren eigenen Reihen wieder.

Ich bitte Euch, macht damit Schluss!

Mit wirklichem Entsetzen über die Entwicklung einer überbündischen Institution, die mir immer noch viel bedeutet, grüße ich Euch

Gerhard Neudorf